

anwesende Kommissionsmitglieder einstimmig erklärt, daß die Preisschrift mit dem Motto: „Eritis sicut Deus, scientes bonum et malum“

ohne Unterschrift, Datum und Ortsangabe, obwohl wir auch selbst durch diese Schrift und namentlich hinsichtlich näherer Angabe der Mittel und Wege, die Aufgabe nicht als vollständig gelöst betrachten, doch als ein mit großen Vorzügen ausgestattetes Elaborat Ew. k. Majestät zur Ertheilung des Preises höchstunmaßgeblich zu empfehlen sey.

Die unterthänigst Unterzeichneten erlauben sich ihr Votum durch kurze Darstellung des Geistes und Entwicklungsganges der empfohlenen Schrift näher zu begründen. Der Verfasser betrachtet, nach klarer Entwicklung der Begriffe über Mangel, Noth und Verarmung, nach der Berührung der Gegensätze der Gesellschaft und der Hauptelemente der Produktion die Lage der arbeitenden Klassen im Staate und die hohe Bedeutung des Mittelstandes für die Prosperität jeder Nation; indem er die Hauptaufgabe anerkennt, daß es nicht nur auf Abhilfe der wirklichen Armuth, als darauf anzukommen habe, den Ursachen derselben nachzuforschen und die Quellen des Uebels zu verstopfen. Unter einleitendem geschichtlichen Rückblicke auf die deutschen Zustände nach dem 30jährigen Kriege beleuchtet der Verfasser mit dem geübten Blicke eines Nationalökonom die materiellen Volksinteressen und insbesondere die mit denselben in nächster Verbindung stehenden Gegenstände vaterländischer Gesetzgebung seit der Bildung des bayerischen Gesamtstaates: er erläutert die Lage der untern Volksklassen als eines nach Begriffen der Neuzeit polizeilich bevormundeten eigenen Standes, welcher in den Verhältnissen der Produktion im Großen, der Vertheilung der Arbeit, der erhöhten Bedeutung des Kapitals in den Händen der Unternehmer, der Erweiterung des Kredits u. s. w. seinen Ursprung gefunden hat und wodurch die früheren Systeme der Beschränkung und der natürlichen Monopole eine völlige Veränderung erlitten

haben. Als wichtigstes Hilfsmittel der Regierungskunst für die Kenntniß des wirthschaftlichen Zustandes der Nation und für die Prüfung der Wirksamkeit der einzelnen Staatsanstalten betrachtet der Verf. die Statistik, indem er die Gebrechen ihrer bisherigen Behandlung als eine der Grundursachen der Erfolglosigkeit angibt, welche bisher in so vielen auf Hebung des materiellen Wohles abzielenden Regierungs-Maßregeln wahrgenommen worden ist. Die Kommission glaubt in den Andeutungen des Verfassers über die wahre Behandlung der Statistik eine der gelungensten und höchst beachtenswerthen Partien der Schrift gefunden zu haben. Bei der hierauf folgenden Untersuchung der Ursachen der Noth in der modernen Staatsverfassung wird das Prinzip vorangestellt, daß hier allenthalben sehr verschiedenartige Ursachen zusammenwirken, welche vor Allem auszuscheiden und abzuwägen, weil jede solche Ursache für sich wieder ihr eigenes Heilmittel erfordert, weshalb zwischen Nothständen die der industriellen und jene, welche der Agrikultur Bevölkerung vorzugsweise eigen, und welche endlich im Allgemeinen hier wie dort vorhanden sind, unterschieden wird; indem allenthalben vom praktischen Standpunkt ausgegangen, die Ergründung der Uebelstände aus ihrer geschichtlichen Entstehung und der Partikularität der Erwirkungen versucht und die mögliche Wirksamkeit der Staatsbehörden so wie das Maß ihrer Unzureichtheit angedeutet wird. Der Verfasser, indem er die staatlichen Zustände der Gesellschaft in ihrer vollen Bedeutung aufgefassen und nebenbei auch die Haltlosigkeit der neuen Staatsphilosophie des Sozialismus darthut, spricht das klare Erkenntniß aus, daß es höchste und dringendste Aufgabe der Religion wie der Staatskunst sey, im Sinne des Grundtypus im christlich germanischen Staate das gelockerte Band zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft wieder fester zu knüpfen, das verschwundene Gefühl der Gegenseitigkeit, welches alle Staats- und Gemeindeglieder verbinden soll, wieder neu zu beleben, Mithgefühl und Humanität auf der einen und Vertrauen auf der andern Seite wieder herzustellen. [Schluß folgt.]

Gedruckt und verlegt von E. F. Mayer, verantwortlichem Redakteur.

Amts- und Intelligenzblatt

für den

Oberamts-Bezirk Schorndorf.

N^o 71.

Freitag den 7. September

1849.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag. — Der Abonnements-Preis ist für das Jahr 1 fl. 36 fr., halbjährlich 48 fr. — Einrückungsgebühr die Zeile 2 fr.

Privat - Anzeigen.

Plüderhausen.
Einladung.

Der Unterzeichnete beehrt sich, hiemit anzuzeigen, daß er nächsten Sonntag den 9. d. seine Hochzeit hier im Gasthaus zum Lamm feiert, wozu er die Schorndorfer Bürgerwehr sowie alle seine Freunde und Bekannte höflich einladet, mit dem Bemerkten, daß sich die Schorndorfer Bürgerwehr dabei hören läßt, auch gutes Bier zu haben ist.

Carl Schwarz, Musikus.

Schorndorf.

Mit
neuen holländischen Häringen
empfiehlt sich

Johs. Weil beim Hirsch.

Oberndorf,
bei Ruderberg.

Ich habe 1200 Stück ganz dünne Fasdauben in der Länge von 3½ bis 6' zu verkaufen. Den 5. Sept. 1849.

Löwenwirth Hinderer.

Göppingen.

Der Unterzeichnete empfiehlt sich — Puppenköpfe aller Art schön und billig zu repariren, und bemerkt dabei daß sie einen solchen Lack erhalten, der von Kindern nicht mehr abgeleckt, und wenn er beschmutzt ist, wieder abgewaschen werden kann; er bittet Aufträge dieser Art bei Buchdrucker Mayer in Schorndorf abzugeben.

Zugleich aber wird die Bitte mit verbunden, derartige Gegenstände bald möglichst auf-

zugeben, da solche bei günstiger warmer Witterung besser und schneller ausgeführt, später aber möglicher Weise nicht mehr recht zeitig besorgt werden könnten.

Auch empfehle ich mich im Lackiren und Malen aller Arten Schilde, sowohl Wirtshaus- und andere Schilde, als auch Schiebladen-Schilde für Kaufleute, sowie überhaupt in allen in dieses Fach einschlagenden Gegenständen.
G. Schrank, Maler.

Mannichfaltiges.

Offene Bitte an die Regierungen Süddeutschlands, den preussischen Zollverein zu kündigen und dafür einen süddeutschen zu gründen. In der Zeit des bayerisch württembergischen Zollvereins standen die Gewerbe innerhalb desselben in schönster Blüthe, während sie seit Gründung des preussisch deutschen Zollvereins von Jahr zu Jahr mehr in Verfall kamen. Der Grund hiervon liegt offen vor Jedermanns Augen. Es ist neben der Konkurrenz mit den preussischen und sächsischen Fabriken, welche schwer und immer schwerer auf unserem Gewerbebestande lastet, hauptsächlich die eigennützige und verderbliche Art, mit der Preußen überhaupt im Zollverein nur seine Interessen wahrte, und mit der es namentlich jede Bitte, jedes Flehen Süddeutschlands um einen genügenden Zollschutz mit eisiger Kälte zurückwies, nur um seinen Theorien zu genügen,

und um seinen Ostprovinzen für deren Getreide-Ausfuhr Englands Gunst und billige englische Waaren zu erhalten. — Ob auf diese Weise bei uns ein Gewerbe um das andere vernichtet wurde, ob wir einer immer größeren Verarmung entgegen giengen, darum kümmerte sich Preußen nicht, wenn nur sein wirklicher oder vermeintlicher Vortheil erreicht wurde. Sollen wir uns solche Behandlung fort und fort gefallen lassen? Viele unter uns haben daher schon seit längerer Zeit eine Losstrennung aus solchem Löwenvertrage verlangt, aber bis jetzt hatte die Ansicht derer die Oberhand, welche mit allen den schweren Opfern, die von Süddeutschland in dieser Sache gebracht wurden, wenigstens mit der Zeit ein einiges, kräftiges, großes deutsches Vaterland zu gewinnen hofften, dessen künftige Blüte den Südhnen einen Ersatz gewähren würde für die jetzige Noth der Väter. — Nun aber hat sich anders gestaltet. Was bietet uns denn Preußen für unsere Geduld, für unser weites Ausharren bei der deutschen Sache? Die von der Nationalversammlung rechtsgiltig beschlossene deutsche Verfassung, in welcher das Gewicht jedes Volksstammes nur nach der Kopfszahl und der Intelligenz seiner Abgeordneten gewogen hätte, hat es mit Hehn zurückgewiesen, und statt dessen wird mit Gewalt und List einem deutschen Stamme um den andern eine oktroirte Verfassung aufgedrungen, welche weder im Boden des bestehenden Rechts, noch im Boden des Naturrechts wurzelt, und welche keine Gleichheit der Volksstämme geben, sondern Preußen so mächtig als möglich, das übrige Deutschland so unmächtig als möglich machen würde. — Erst in den letzten Tagen hatte ein hochgestellter preussischer Abgeordneter, Camphausen, die Stürme, vor ganz Deutschland zu sagen: „Preußen muß das letzte Wort in Deutschland haben, wenn es sich um Krieg und Frieden handelt, und der Reichsverstand nur, weil er König von Preußen ist“ — und die erste Kammer in Berlin rief solcher Rede ihren lauten Beifall zu. — So meinen es die Preußen mit uns, so anerkennt man in Berlin die Ebenbürtigkeit der deutschen Stämme.

Sämmtliche kleinen Staaten Deutschlands sollen als dienende Knechte an den Triumphwagen Preußens gespannt werden, um zu seiner Verherrlichung und seiner Bereicherung zu dienen. Wir kennen dieses Preußen! wie bei der Frage über Krieg und Frieden, so will es natürlich auch in andern Dingen, insbesondere aber in den Zollangelegenheiten das letzte Wort wie seither, so für künftig wiederum nur für sich, und wie es uns dabei ergeben würde, das wissen wir leider nur allzu gut aus schlimmer Erfahrung. — Die Gründung eines großen, kräftigen, deutschen Vaterlandes hat uns die undeutsche preussische Regierung vererbt unmöglich gemacht, unsern Freiheiten stellt sie nach, und was uns noch von Wohlstand übrig ist, sucht sie uns zu entreißen. Retten wir, was noch zu retten ist! Weg mit dem preussischen Zollverein! Einigen wir uns in Süddeutschland zu einem süddeutschen Zollverbände, der unsere Interessen und nicht die Anderer wahrnimmt. Umgeben wir uns mit einem Schutz Zoll, der unsere Gewerbe zu heben, unsern Wohlstand wieder herzustellen im Stande ist, und überlassen wir den Preußen, wohin sie ihre Waaren künftig absenden wollen, mit denen sie seither unsern Handwerkerstand arbeitslos und arm machten. — Wir richten daher an die süddeutschen Regierungen, und zwar unserer Seite zunächst an die württembergische die dringende Bitte, den Zollverein zu kündigen und dafür einen süddeutschen Zollverband mit genügenden Schutz Zöllen zu gründen.

Der Gewerbeverein zu Reutlingen.

[Schw. Merk.]

Anmerkung. Diese Zollfrage ist in der österreichischen Schwäbischen Kronik in dem Artikel: „Unsere Lage IV.“ richtig beleuchtet, es heißt in demselben:

Soll Württemberg aus dem Zollverein austreten oder nicht? Soll es mit Bayern oder mit Bayern und Oesterreich in eine Zollvereinigung eintreten? Das ist allein der praktische entscheidende Punkt bei der Sache. Die Frage ist zu groß und umfassend, um hier gründlich nach allen Seiten erörtert werden zu können, aber an zwei Folgerungen wollen wir dieje-

Bericht der Specialcommission

zur Beurtheilung der eingekommenen Elaborate über die l. Preisfrage (des Königs von Bayern):

(Schluß.)

Die unbedingte Herrschaft des Geldes, wodurch der moderne Staat nur in zwei Klassen, Begüterte und Nichtbegüterte, geschieden und der Kampf zwischen beiden hervorgerufen wird, ist als Grundursache der herrschenden Uebelstände bezeichnet, indem die Geldmacht keine organisch bildende, vielmehr auflösende Kraft in der Gesellschaft entwickelt; daher Hauptaufgabe des Staates: in der Gesellschaft, welche gegenwärtig im Chaos einer Uebergangsperiode begriffen, eine neue organische Gliederung an der Stelle der untergegangenen oder bedeutungslos gewordenen Stände zu setzen. Unter den hierfür bezeichneten Wegen wird das bisherige Verhältniß der Staatsdienerschaft, als bloßer Lehdienste und zum Theile selbst Sinecuren beleuchtet und in geistreicher Weise a. gedeutet, welche Reformen des Beamtenstandes einzutreten haben, um in erfolgreicher Weise zum großen Zwecke einer Reorganisation der Gesellschaft mitzuwirken, den laufenden Dienst zu vereinfachen, das Centralisationsystem zu beseitigen, und eine bessere Vertretung der Volksinteressen zu bewirken. — Die folgenden Untersuchungen handeln vom Einflusse der Rechtspflege und Sicherheitspolizei auf die Noth der arbeitenden Klassen; ferner von den Bestimmungen über Vererbung und Niederlassung, bei welchen von der Brachung der Ernährungsfähigkeit in den verschiedenen Bezirken eines Landes ausgegangen werden soll; von Gutszertrümmerung und Ueberschwemmung, endlich von den bürgerlichen Verhältnissen der Juden und vom Kleinhandel, welcher als eine höchst wichtige Quelle des Verkehrs und der Wirthschaftspflege erachtet wird. — Ein weiterer Abschnitt ist dem Gewerbswesen gewidmet, mit Unterscheidung der Groß- und Kleingewerbe und der verschiedenartigen Momente der Pflege und des Staatsschutzes für beide. Der Verfasser richtet zugleich seine Untersuchung auf die Zustände der Fabrikarbeiter und

nigen jedenfalls erinnern, die von einem solchen Wechsel des Zollsystems als von einer leicht ausführbaren empfehlenswerthen Maßregel reden. Die eine ist, was jeder Sachkundige zugeben wird, ein Ausfall von mindestens einer Million jährlich in unsern Finanzen, sowohl bei einer Vereinigung mit Bayern allein, als mit Bayern und Oesterreich. Die andere Folge wäre, daß die Zollgrenze zwischen Württemberg und Baden hineinfiele, daß wir also an dieser ganzen langen und meist sehr schwer zu bewachenden Gränze eine Mauer hätten mit allen den davon unzertrennlichen Schikanen, mit einem gerade bei hohen Schutz Zöllen unausbleiblichen Schmuggelhandel, der den unsoliden Kaufmann auf Kosten des soliden bereichert und die ganze Gränzbevölkerung demoralisirt, mit einer unvergleichlichen Lähmung der Neckarschiffahrt, die schon bisher genug unter der badischen Nachbarlichkeit gelitten hat. Daß aber Baden nicht mit uns gehen, sondern beim Zollverein bleiben würde, geht nicht bloß aus seiner jetzigen politischen Stellung zu Preußen, sondern ebenso aus seiner ganzen Lage am Rhein und seiner Erstreckung von Süden nach Norden, dem Lauf seiner Eisenbahnen und seinem Verhältniß zu Württemberg hervor. Ebenso müßte Bayern zum Mindesten die Rheinpfalz im Zollverein lassen. Auch hier handelt es sich also, gerade wie in der Politik, nicht darum, was uns konveniren würde, sondern was ausführbar ist, welches von verschiedenen Uebeln das kleinere ist. Ist es nun aber rathsamer, aus dem Zollverein nicht auszutreten, so wäre das gewiß der unvortheilhafteste Weg, unsern Interessen bei den Zollverhandlungen Gehör zu verschaffen, wenn wir politisch uns in eine feindliche Stellung zu Preußen versetzen wollten. Ueberhaupt wenn der norddeutsche Bundesstaat zu Stande kommt, so werden auch die Zollsachen Gegenstand der Reichsgesetzgebung, und es ist nicht abzusehen, auf welche Weise dann Staaten, die diesen Reichstag gar nicht beschicken, ihre Ansprüche vertreten sollten.

ihre Verbesserung; auf die Beeinträchtigung der Kleingewerbe durch die Fabriken, auf die Mißbräuche des Gewerbes und auf die unterscheidenden Rücksichten von Beschränkung oder Freigebung der verschiedenen Gewerbe für die Staatsgewalt. Hiemit im Zusammenhange gedenkt derselbe der Landstädte und der Verarmung von Vielen, als Folge neuer gewerblicher Verhältnisse, so wie der Möglichkeit einer Abhilfe in angemessenen Erleichterungen für die Rückkehr zum Agrikulturbetriebe. — Der Einfluß der Sittlichkeit auf die Zustände der untern Klassen ist ferner Gegenstand ausführlicher Betrachtung, mit welcher leitende Ideen über deren allgemeine Verbesserung und sittliche Erhebung, sowie über Reform der Gefängnisse im gleichen Sinne verbunden werden. — Nur wenige Worte widmet der Verfasser den Abschnitten über Colonisation und Auswanderungen, welche von ihm nicht als erfolgreiche Mittel zur Abhilfe der Noth betrachtet werden. Den Schluß der Schrift bildet eine Untersuchung über den Einfluß der Besteuerung auf die Noth der arbeitenden Classen, in welcher insbesondere die Wirkungen der indirekten Steuern auf dieselben beachtet und die großen Erhebungskosten derselben bemerkbar gemacht werden. Es dürfte endlich am Schlusse dieser kurzen Andeutung über den Ideengang und Inhalt der angeführten Preisschrift nicht unbemerkt bleiben, daß der Verf. derselben bei allen seinen Untersuchungen durchaus höhere staatsmännische Gesichtspunkte im Auge behalten und gleichzeitig nicht nur eine vertraute Kenntniß der bayerischen Gesetzgebung, sondern auch der materiellen Zustände des Landes und insbesondere seiner wichtigsten Städte an den Tag gelegt hat.

[Augsb. Abendz.]

Berlin, 30. August. Vor einiger Zeit hatte die französische Regierung die preussische aufgefordert, mit ihr gemeinsame Schritte gegen die Schweiz zu thun, um die Ruhe Frankreichs und Deutschlands gegen die dortigen Elemente der socialen Regierung sicher zu stellen. Neuerdings scheint sich die französische Regierung nicht mehr in der Lage zu fühlen, den bereits eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen; die preussische wird sich aber nicht abhalten lassen, auch wenn sie allein gelassen würde, die Schritte zu thun, die ihr für die Ruhe Deutschlands und Preußens notwendig scheinen.

[M. N.]

Gedruckt und verlegt von C. F. Mayer, verantwortlichem Redakteur.

Frankfurt, 31. Aug. Morgen findet eine außerordentliche Sitzung unseres Senates statt, um in Bezug auf die Einladung des preussischen Cabinetes zum Anschluß an das Dreikönigsbündniß Verabredung zu pflegen. Wenn der Senat, wie man in einigen Kreisen glaubt, jetzt nach dem erfolgten Anschlusse Hamburgs sich ebenfalls zu diesem Schritte anschließen sollte, so würde dieß jedenfalls doch nur unter gewissen Vorbehalten geschehen können, namentlich unter dem Vorbehalte, daß diesem Bündnisse auch die süddeutschen Staaten beitreten würden. Von gewöhnlich gut unterrichteter Seite vernahmen wir indeß, daß der Senat aus seiner seitberigen Neutralitätspolitik nicht heraustreten wird.

Winnenden.

Frucht-Preise vom 30. August 1849.

Fruchtgattungen	höchste		mittlere		nieder.	
	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
1 Schfl. Kernen	9	4	8	32	8	—
„ Dinkel alt	4	50	4	20	3	54
„ Dinkel neu	4	6	3	37	3	12
„ Haber alt	4	12	4	3	3	48
„ Haber neu	3	52	3	38	3	24
„ Roggen	—	—	—	—	—	—
„ Gerste	—	—	—	—	—	—
„ Gerste alt	—	—	—	—	—	—
1 Simri Weizen	—	—	—	—	—	—
„ Einkorn	—	—	—	—	—	—
„ Gemischt.	—	—	—	—	—	—
„ Erbsen	—	—	—	—	—	—
„ Linsen	—	—	—	—	—	—
„ Bicken	—	—	—	—	—	—
„ Weichfr.	1	4	1	—	—	54
„ Akerbohne	—	50	—	42	—	—

Schorndorf.

Frucht-Preise am 4. September 1849.

1 Scheffel Kernen	10 fl. 8 fr.
1 — Haber	4 fl. 24 fr.
Kornhaus-Inspektion, Fleiderer.	
Brod- und Fleisch-Taxe.	
8 Pfund Kernenbrod	18 fr.
Gewicht eines Kreuzerweten	8 1/2 Loth.
1 Pfund Ochsenfleisch	8 fr.
1 „ Rindfleisch	7 fr.
1 „ Kalbfleisch	8 fr.
1 „ Schweinefleisch, unabgezogen	9 fr.
1 „ ditto abgezogen	8 fr.

Amts- und Intelligenzblatt

für den

Oberamts-Bezirk Schorndorf.

N^o 72.

Dienstag den 11. September

1849.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag. — Der Abonnements-Preis ist für das Jahr 1 fl. 36 fr., halbjährlich 48 fr. — Einrückungsgebühr die Zeile 2 fr.

Oberamtliche Verfügungen.

Schorndorf. Auf Anfragen mehrerer Oberämter, ob auch Gehalte unter 100 fl. und zwar bis zum kleinsten Betrag steuerbar seien, hat königl. Steuer-Collegium vermöge Decrets vom 31. v. M. zu erkennen gegeben, daß, da weder das Finanz-Gesetz für 1849 noch die Ministerial-Verfügung vom 30. Juli die Befreiung der Gehalte unter 100 fl. von der Besoldungssteuer ausspreche, vielmehr sowohl in dem Gesetz Art. 7 als in jener Verfügung §. 9. 1.) ausdrücklich bestimmt ist, daß sämtliche Gehalte der Besteuerung unterliegen, lediglich kein Grund vorhanden ist, die fragl. Gehalte, insoweit solche nicht nach §. 10 der Ministerial-Verfügung frei sind, von der Besteuerung frei zu lassen.

Hievon werden die Orts-Vorsteher zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt.

Den 6. September 1849.

R. Oberamt, Strölin.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamtsgericht Schorndorf.

Schulden-Liquidation.

In Schuldsachen

a) des Christof Felger Schneiders in Schorndorf, und

b) des Johann Michael Muz ledigen Weinjärmers in Oberurbach

ist der Gant oberamtsgerichtlich erkannt.

Zur Schuldenliquidation, verbunden mit dem Versuch eines Berg- oder Nachlaß Vergleichs ist Tagfahrt, und zwar bei zc. Felger, auf Samstag den 13. Oktober 1849

und bei zc. Muz auf Montag den 15. Oktober 1849

bestimmt, wobei die Gläubiger und überhaupt alle diejenigen, welche aus irgend einem Grunde Rechte gegen die Masse geltend zu machen

haben, ihre Forderungen und Ansprüche einzulagen, soweit es möglich ist, die Richtigkeit sowie die Vorzugsrechte sogleich zu erweisen und daher an jenen Tagen Beirathung 8 Uhr auf dem Rathhaus in Schorndorf beziehungsweise in Oberurbach entweder in Person oder durch Bevollmächtigte zu erscheinen haben, oder wenn nicht besondere Umstände ihre oder ihrer Bevollmächtigten Gegenwart erfordern, einen schriftlichen Rezeß einreichen können, worin falls sie durch den Ausfall-Bescheid, welcher in nächster Gerichtsinstanz ausgesprochen wird, von der Masse ausgeschlossen werden.

Von denjenigen Gläubigern welche durch schriftlichen Rezeß liquidiren und sich hinsichtlich eines Berg- oder Nachlaß-Beraleichs sowie wegen des Güterverkaufs und der Wahl des Güterpflegers nicht ausdrücklich erklären, wird angenommen, daß sie hinsichtlich eines